Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M., für auswärts 0,40 R.-M. Die Reklamezeile im Anschluß an redaktionellen Text, 79 mm breit, kostet 2 R.-M., für auswärts 2,50 R.-M. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0,30 R.-M. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten ins Haus monatlich 2,25 R.-M. in der Tschecho-Slowakei monatlich 5 Kr 15. Postbezug für Monat Mai 2,25 R.-M. einschließlich 0,72 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Inland wöchentlich 1,10 R.-M., Ausland 1,25 R.-M. Einzelnummer 15 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 20 R.-Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstr. 4 • Fernruf: für den Ortsverkehr Sammelnummer 24601, für den Fernverkehr 14194, 20024, 27981—27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Postscheck: Dresden 2060

Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 120 — Sonntag, 26. Mai 1929 — XXXVII. Jahrg.

Das letzte Wort der deutschen Sachverständigen

Unbedingtes Festhalten an den Vorbehalten zum Owen-Young-Plan — Klare endgültige Antwort der Gläubiger gefordert — Einigung über die Zahlenfrage kaum noch zu erwarten

Das nahende Ende

Konferenzabschluß wahrscheinlich Mittwoch — Owen Young auf der Seite Deutschlands

Die Konferenz in Paris scheint vor ihrem Ende zu stehen. Und es sieht so aus, als sollte dieses Ende nicht die Lösung bringen, um die man nun seit vier Monaten gerungen hat und die schon dicht vor der Tür zu stehen schien. Endgültiges zu sagen, ist freilich auch heute noch durchaus verfrüht. Die augenblickliche Situation wird in einem offiziösen deutschen Communiqué folgendermaßen zusammengefaßt:

„Die **deutschen Delegierten haben gestern die Besprechung, die der Klärung der Zahlenfrage dienen soll, fortgesetzt. Auf Grund der von den Vertretern der Antwort der Gläubigermächte auf die deutschen Vorbehalte gegebenen Erläuterungen handelt es sich um eine zusätzliche Erhöhung der Youngschen Zahlen von jährlich 22,5 Millionen Mark. Angesichts dieser entscheidenden Meinungsverschiedenheit in der Zahlenfrage ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß entweder darüber getrennte Berichte erstattet werden oder überhaupt eine Verständigung nicht zu erzielen ist. Im übrigen hat in der gestrigen Nachmittagsbesprechung die Vertreter der Gläubigerdelegationen aufgefordert worden, sich zu den bekannten deutschen Vorbehalten zu äußern. Eine Antwort hierüber steht noch aus.**"

Danach ist also eine Einigung über die Zahlenfrage kaum noch zu erwarten. Die Frage ist offenbar nur noch die, ob man über das Ergebnis der Verhandlungen gemeinsam berichten soll oder ob jede Gruppe für sich in einem besonderen Bericht ihre Auffassung darlegen wird. Das alles hängt jetzt völlig davon ab, wie die Gläubiger auf die präzisen deutschen Fragen nach den deutschen Vorbehalten antworten werden. Diese Frage hofft man bis Mittwoch klären zu können.

In London ist man etwas im Gegensatz zu den übrigen Auffassungen der Ansicht, daß man ein Kompromiß noch erreichen könne, wenn Deutschland in der Frage der Vorbehalte nachgäbe. Man empfiehlt damit gleichzeitig den Alliierten, dann ihrerseits die Younggrenzen anzunehmen. Wir glauben, daß dieser Wink nicht viel helfen wird. Gerade die Vorbehalte, die uns bestritten werden, sind nach deutscher Auffassung unumgänglich nötig und eine unumstößbare Voraussetzung dafür, daß wir die Zahlen des Younggplanes akzeptieren. Auf der andern Seite sieht es nicht so aus, als ob die Gläubiger ihre Mehrforderungen fallen lassen werden, da unter ihnen keine Einigkeit besteht, wie der Ausfall unter ihnen geteilt werden soll.

*

Schacht hält am Young-Plan fest

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. **Paris**, 25. Mai

In der Nervosität, die jetzt in allen Delegationen der Sachverständigenkonferenz herrscht, läßt sich erkennen, daß wir uns in der kritischen Viertelstunde befinden, die dem Abschluß der langwierigen Verhandlungen vorausgeht. **Ueberall ist ungeheure Spannung, Gereiztheit und Erregung zu bemerken,** was den Besprechungen einen nicht gerade angenehmen Charakter gibt. Die Belgier scheinen ihrer Nervosität in besonders hohem Grade Luft zu machen. Auch bei den Amerikanern ist es mit der kühlen Zurückhaltung zu Ende. Owen Young droht mit seiner Abreise vor Ende der Konferenz, ähnlich wie Woodrow Wilson im Mai 1919. Die Sachverständigen sollen ihm nunmehr versprochen haben, ihre Verhandlungen im Eiltempo zu Ende zu führen.

Ein Gerücht jagt das andre. Im Mittelpunkt der Spekulationsbildung befindet sich die deutsche Delegation. Nach dem Rücktritt Dr. Vöglers wurde die Nachricht verbreitet, auch Dr. Schacht werde seinem Beispiel folgen. **Es wird uns mitgeteilt, daß Dr. Schacht nicht daran denkt, Paris vor Abschluß der Konferenz zu verlassen.** „Ich werde bis zum Ende bleiben", sagte uns Dr. Schacht, „und ich hoffe auf den Abschluß der Konferenz am nächsten Mittwoch."

Die im Laufe des gestrigen Tages geführten Besprechungen dienten einer weiteren Aufklärung der Gläubigerwünsche und erstreckten sich auch auf die deutschen Vorbehalte, namentlich das Aufbringungsmoratorium und die belgische Markforderung. **Owen Young nahm am Nachmittag seine Vermittlungsaktion auf.** Während dieser entscheidenden Auseinandersetzungen spielte auch zwischen den beteiligten Regierungen, namentlich der französischen und der deutschen, der Draht. Die Unterredung des deutschen Botschafters v. Hoesch mit dem französischen Außenminister stand fast ausschließlich im Zeichen der Sachverständigenkonferenz. **Am Quai d'Orsay scheint man mit einem positiven Ergebnis der Konferenz zu rechnen und erwartet eine politische Aussprache in Madrid,** die den Bericht der Sachverständigen zur Voraussetzung für die weitere Behandlung der Genfer Beschlüsse nehmen soll. Der Konferenz des deutschen Botschafters mit Briand wird wahrscheinlich ein Besuch Hoeschs, beim Ministerpräsidenten Poincaré folgen.

Diese diplomatischen Vorgänge weisen unverkennbar auf ein nahe bevorstehendes Ende der Sachverständigenkonferenz hin. Doch besteht, wie uns von maßgebender deutscher Seite mitgeteilt wird, nach den gestrigen Besprechungen der deutschen Sachverständigen mit dem französischen Delegierten Quesnay und Owen Young **nur noch geringe Hoffnung, einen gemeinsamen Bericht abzufassen.** Soweit die ziffernmäßigen Vorschläge in Frage kommen, hält man es für wahrscheinlich, daß die Gläubigergruppe und die deutsche Delegation einen getrennten Bericht ausarbeiten werden. Deutschland müßte, um den Wünschen der Gläubiger gerecht zu werden, jährlich mindestens 52,5 Millionen Mark mehr bezahlen, als im Young-Plan vorgesehen ist, und außerdem 25 Millionen jährlich für die belgische Markforderung. **Die deutschen Sachverständigen beharren jedoch auf den Ziffern des Young-Plans und werden sich zu keiner Erhöhung der deutschen Leistungen bereitfinden.** Im Laufe der Besprechungen wurde dies den Vertretern der Gläubigerstaaten deutlich zur Kenntnis gebracht.

Man darf in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, **daß Owen Young** das Memorandum der Gläubigerstaaten nicht unterschrieben hat und **fest zu seinem Vorschlag steht.** Bei den weiteren Besprechungen zwischen den deutschen Sachverständigen mit den Vertretern der Gläubigerstaaten handelt es sich jetzt nur noch um den äußeren Rahmen der Konferenz. Aus den Verhandlungen über die Ziffernfrage hat man die Einsicht gewonnen, daß die beiden Auffassungen nicht miteinander zu vereinbaren sind, d. h. die Streitfragen konnten nicht gelöst werden.

Gestern sind zwölf Punkte des Gläubigermemorandums durchgesprochen worden, darunter auch die Hauptpunkte (ungeschützter Teil der Annuitäten, Eisenbahnobligationen und Aufbringungsmoratorium). **Die deutschen Sachverständigen haben auf das bestimmteste erklärt, an ihren diesbezüglichen Forderungen festzuhalten.**

*

Unterredung mit Dr. Kastl

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. **Paris**, 25. Mai

„Wir sind noch keinen Schritt weitergekommen", erklärte uns heute mittag Dr. Kastl, nachdem er mit Dr. Schacht aus dem Hotel Georges V. zurückgekehrt war. Die deutschen Sachverständigen unterhandelten heute vormittag drei Stunden lang mit Owen Young und Stamp. Sie werden nachmittag mit Vertretern der Gläubigerstaaten Frankreich und Italien Besprechungen wieder aufnehmen. Die Hauptdifferenz bildet die von den Alliierten über den Plan Owen Youngs hinausgehenden Mehrforderungen von 52 Millionen Mark im Jahr. Die deutsche Delegation hat endgültig erklärt, daß sie diese Mehrforderung nicht annehmen kann. „Wir suchen immer noch nach einem Ausweg, der uns einander näherbringt", betonte Dr. Kastl im Gespräch mit uns. „Wenn die Zifferndifferenz ausgeglichen werden kann, dann werden auch die andern noch ungeklärten Punkte in dem Berichtsentwurf bereinigt werden." Auf die Frage, ob die Gläubiger auch das Aufbringungsmoratorium bewilligen würden, entgegnete Dr. Kastl, daß dies von der allgemeinen Verständigung über die Zahlentabellen abhängig sei.

(Weitere Meldungen siehe Seite 3)

England wählt

Die Bedeutung des 30. Mai — Lloyd Georges großer Kampf — Eine Entscheidungsschlacht für den Liberalismus — Die englische Aristokratie und die Labour Party

England wählt. Das bedeutet, daß am 30. Mai viel Schicksal gemacht wird in den Abstimmungslokalen des Inselreiches. England wählt — und reichlich ein Drittel des Erdkreises erhält einen neuen Herrn. Denn wenn auch das Geschworenengericht des Volkes durch sein Urteil im großen, am kommenden Donnerstag zu Ende gehenden Staatsprozeß — um ein Bild Baldwins zu gebrauchen — die bisherigen Herren Großbritanniens freispricht und sie in ihren Aemtern bestätigt, ist eines dennoch sicher: So wie in den letzten fünf Jahren wird nicht mehr regiert werden können. Methode, Nuance und Tempo müssen anders sein, auch wenn die Sturmflut der Opposition die jetzige Mehrheit nicht völlig hinwegfegt. Denn ihren Umfang wird sie jedenfalls aufs äußerste schmälern. Die größten Optimisten in der Konservativen Partei rechnen mit einer Verminderung der jetzigen Mehrheit von 185 auf 50 bis 70 Stimmen. Die offiziellen Wettnotierungen lauten sogar noch ungünstiger. Man beginnt sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß keine der Parteien die absolute Mehrheit erhält.

* * *

1729 Kandidaten kämpfen am Donnerstag der nächsten Woche um 615 Unterhaussitze. Bei der Auflösung waren die Parteien im Unterhaus im Parlament in folgender Stärke vertreten:

Konservative	**396**
Labour Party (Arbeiterpartei)	**160**
Liberale	**46**
Unabhängige	**7**
Nicht besetzte Sitze	**6**

Gelingt es Baldwin noch einmal, eine wenn auch stark reduzierte Mehrheit zu erringen, so versprechen sich gewisse konservative Kreise — vorausgesetzt, daß diese Mehrheit nicht allzu klein ist — sogar ein besseres konservatives Regiment als bisher. Die große ungefüge Mehrheit des jetzigen Kabinetts wirkte lähmend und einschläfernd, verführte zum bequemen Motto des „Hier sitz' ich und genieß' ich", brachte auch gewisse extreme Diehard-Elemente auf der äußersten Rechten allzusehr in den Vordergrund. Die Zeiten des bequemen Regierens wären angesichts einer stark angewachsenen Opposition endgültig vorüber; denn in England, dem Lande alter parlamentarischer Schulung, addiert man nicht einfach, wie in Deutschland, Ziffern, glaubt nicht, man könne notfalls auch mit einer formalen Mehrheit von zwei Stimmen das parteipolitische Programm bis auf das letzte Interpunktionszeichen in die Wirklichkeit umsetzen, indem man die Existenz der Minderheit einfach ignoriert.

* * *

Gelingt es aber weder den Konservativen noch der Labour Party eine absolute Mehrheit zu erzielen, dann hat die Stunde Lloyd Georges geschlagen. Dann ist die Situation gekommen, auf die dieser taktisch geschickteste und schlaueste Führer unter den englischen Politikern zielbewußt seit Jahren hinarbeitete. Dann sind die Liberalen das Zünglein an der Waage, dann hofft Lloyd George Schiedsrichter der englischen Politik zu werden und den zum Herrscher zu machen, der sich mit ihm verbündet. Lloyd George hat unzweifelhaft die liberale Partei nach ihrem Niedergang infolge des Zwists zwischen ihm und Asquith zu neuem Leben erweckt. Mit der Gewalt eines Wirbelwindes fegt er an ihrer Spitze durch das Land, und mit einem Energieaufwand, der dem gleichkommt, mit dem er den Krieg für England bis zum bitteren Ende führte, versucht er, dem Liberalismus eine neue feste Position im politischen Leben zu verschaffen. Er weiß genau, daß es in diesem Kampf für seine Partei um Tod oder Leben geht, daß die Existenz des Liberalismus in England vom Ausgang dieser Riesenschlacht abhängt und daß eine schwere Niederlage das Ende der liberalen Partei als entscheidender Faktor im politischen Leben Englands auf absehbare Zeit bedeuten muß.

* * *

Der englische Liberalismus verfügt, wenn Lloyd George versagt, über keine Persönlichkeit, die ihn als Leader ersetzen könnte. Und das Tragische an der Situation des englischen Liberalismus ist es, daß gerade gegen seinen befähigtsten Mann in weiten Kreisen des Volkes persönlich die größte Abneigung und das größte Mißtrauen herrscht. Der sehr sachlich geführte Wahlkampf nimmt rings um die Persönlichkeit Lloyd Georges immer wieder persönlich gehässige Formen an, wie sie sonst in England nicht vorkommen. Lloyd George ist als einziger der Parteiführer mit einem positiven, ganz scharf umrissenen Programm in den Wahlkampf gegangen. Er hat resolut das schwierigste wirtschaftliche und politische Problem des gegenwärtigen England in den Mittelpunkt gestellt: die Arbeitslosenfrage. Unter dem Motto „Work for the Workless" — „Arbeit für die Arbeitslosen" — hat er ein gigantisches Straßenbauprogramm aufgestellt, das ohne steuerliche Mehrbelastung binnen kürzester Frist die Arbeitslosigkeit in England beseitigen und eine neue industrielle Blüte herbeiführen soll. Durch die Aufstellung dieses Programms zwang er auch die übrigen Parteien, zu dieser Frage in positivem Sinne Stellung zu nehmen, und die Redner der Konservativen wie auch der Labour Party verwenden den größten Teil ihrer Wahlagitation dazu, sich mit diesem Programm der Liberalen auseinanderzusetzen. Sie kämpfen viel mehr gegen Lloyd George und die Liberalen als gegeneinander.

* * *

Die Labour Party klagt einmal, Lloyd George habe ihr „die Ideen gestohlen", und nennt ein andermal wieder seinen Plan zur Abschaffung der Arbeitslosigkeit „einen unerhörten Bluff". In dieser Kritik trifft sie sich fast wörtlich mit den Konservativen. Bei dieser Agitation spekuliert Ramsay Macdonald ebensosehr wie Baldwin auf die Furcht des englischen Wählers vor Experimenten und vor Persönlichkeiten, die er nicht ganz überschauen kann (die konservativen Wahlplakate tragen nicht umsonst das Motto: „Safety first", „Sicherheit vor allem"), und zu diesen niemals ganz überschaubaren Persönlichkeiten gehört in erster Linie Lloyd George. Und deswegen gibt es — das ist das psychologische Hauptthindernis für einen Sieg des Liberalismus — eine ganze Menge Leute in England, die unter allen Umständen, ohne weiter darüber nachzudenken, den neuen Trank, den der „Hexenmeister von Wales" ihnen kredenzt, zurückweisen würden.

* * *

Im übrigen ist der Wahlkampf aber alles andre als interessant. Es fehlt, von Lloyd George abgesehen, den Führern an einer zündenden Parole. Beschämend für uns Deutsche ist es aber wieder zu sehen, wie anständig und fair man kämpft. Aeußerst scharf in der Sache, aber ohne die überreizte persönliche Gehässigkeit und Ueberreizung, auf die man bei uns immer wieder stößt. Männer führen den Kampf in England, nicht hysterische in Männerhosen steckende alte Weiber, die kreischend ein allein seligmachendes Parteischema vertreten und seine Annahme verlangen. Männer werden umkämpft, nicht Parteisymbole. Männer werden gewählt, nicht Weltanschauungen.

Englands Wahlrecht ist zwar nicht das beste von der Welt. Es ist sogar in vielen Dingen seit langem sehr reformbedürftig, aber das eine Gute hat es unter allen Umständen: es zwingt die Parteiführer, auch die prominentesten, immer wieder zum Kampfe. „Riviera"-Wahlkreise gibt es in England nicht mehr. Selbst Lloyd George und Baldwin müssen sich diesmal gegen zwei andre Kandidaten wehren. Bei einer deutschen Reichstagswahl brauchen die prominenteren Kandidaten, abgesehen davon, daß sie durch die Reichsliste sowieso geschützt werden, kaum einen Finger zu rühren, um ihre Wahl durchzuziehen. In England muß jede einzelne Stimme errungen werden. Das entscheidende Gewicht liegt nicht in den großen Wahlversammlungen, sondern immer noch im altväterischen „canvassing", der Agitation von Haus zu Haus, von Arbeitsstätte zu Arbeitsstätte, von Schänke zu Schänke innerhalb des Wahlbezirks. Der konservative Abgeordnete von Ipswich, ein bekanntes Original, hat nach der letzten Wahl einmal erklärt, er habe sich bei jedem Friseur seines Wahlbezirks im Laufe der Campagne rasieren lassen, er habe in jeder